

scher Staaten zur Verfolgung von Kriegsverbrechern zu bilden. Wir sind bereit, mit dem Bundesjustizministerium über die Bildung einer solchen Kommission entsprechende Vereinbarungen zu treffen und die Arbeitsaufnahme unverzüglich zu organisieren.

Ein weiteres Hinauszögern der Zustimmung des Bundesjustizministeriums zur Bildung dieser Kommission — oder einer anderen geeigneten Form der sachlichen Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern — könnte die Weltöffentlichkeit nur werten als eine völlig Ignorierung jeder Verpflichtung gegenüber den Opfern der Nazi- und Kriegsverbrecher und als Absicht der weiteren Einbeziehung dieser Verbrecher in die Pläne der Bonner Ultras.

Mit diesem Vorschlag kommen wir auch den in letzter Zeit sich in der westdeutschen Öffentlichkeit mehrenden Forderungen nach Nutzung aller Unterlagen zur Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern entgegen. Die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher und damit die Zurückdrängung des Einflusses dieser Elemente in Westdeutschland ist eine Aufgabe, die im Lebensinteresse aller friedliebenden Bürger Westdeutschlands durchzuführen ist. Die friedliebenden und demokratischen Menschen in der Bundesrepublik müssen sich voll der Verantwortung bewußt sein, die auch sie für die konsequente Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher tragen. Sie müssen verhindern, daß das Vorhaben der westdeutschen Regierung, die Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher wegen Verjährung nunmehr völlig einzustellen, Wirklichkeit wird.

Besonders die Gewerkschaften als die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse haben dabei eine große Verantwortung. Dabei geht es nicht um irgendwelche Deklarationen zur Frage der Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen, sondern um die tatsächliche und gerechte Bestrafung dieser Verbrecher.

Verehrte Abgeordnete! Mit der Annahme des vorliegenden Gesetzes bekundet die Deutsche Demokratische Republik, daß sie auch weiterhin entschlossen ist, mit allem Nachdruck dem Gebot der Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen in ganz Deutschland Geltung zu verschaffen.

Am heutigen 25. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges weiß sich die Deutsche Demokratische Republik auch durch das Anliegen dieses Gesetzes verbunden mit den Millionen Opfern des Hit-